



Nr. 88.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calm.

95. Jahrgang.

Druck und Verlagsanstalt: 6 mal wöchentl. Anzeigepreis: Die kleinste Seite 40 Pf., Reklamen 1.50 Mk. — Schluß der Anzeigennahme 2 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Freitag, den 16. April 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zustellgeld Mk. 8.40 vierteljährlich, Postbezugspreis Mk. 8.10 ohne Bestellgeld.

### Putsch-Gerüchte.

In den letzten Tagen wurden in Berlin Gerüchte über einen neuen Militärputsch verbreitet. So wußte der „Vorwärts“ zu erzählen, daß für den gestrigen Donnerstag ein neuer Handstreik von den Kappisten geplant sei. Und der Vorstand der sozialdemokratischen Partei glaubte sogar einen Aufruf erlassen zu müssen, in dem es heißt: „Das Gebot der Stunde fordert ausschließlich Disziplin und Wachsamkeit. Laßt euch nicht von unberufenen Stielen alarmieren, aber auch nicht einschüchtern. Seid wach und bereit!“ Nun, der Donnerstag ist ohne Putsch vorübergegangen. Trotzdem fordert der „Vorwärts“ und die „Freiheit“ wiederholt zur Bewaffnung der Arbeiter auf, weil, wie die „Freiheit“ sagt, der Regierung die Mittel zur Abwehr des Putsches fehlen.

Im Zusammenhang mit diesen Schremsnachrichten stehen zwei Meldungen der „Parlamentarisch-Politischen Nachrichten“ und des „Wolffschen Telegraphen-Büros“. Nach den ersten sollte sich Major Bischoff noch in Greifswald oder in der Nähe von Greifswald aufhalten und von dort aus von neuem die Eisener Division organisieren. Und das Wolffbüro hat sogar eine Meldung über die Verhaftung des Generals v. Lütjow und des Majors Bischoff, sowie über die Aushebung eines Propagandabüros der Baltikumtruppen in Stolpmünde verbreitet. Es hat sich nun herausgestellt, daß das Wolffbüro einer Mystifikation zum Opfer gefallen ist. Die Nachrichten sind glatt erlogen; die Meldung ist von unbekannter Seite unter Mißbrauch des Namens eines Angestellten der Presseabteilung der Reichsregierung übermittelt worden. Das Wolffsche Telegraphen-Büro hat wegen des Vorfalles eine gerichtliche Untersuchung beantragt und alle Maßnahmen ergriffen, die geeignet sind, die Feststellung des Urhebers der Mystifikation zu ermöglichen.

Es ist nicht allzu schwer, diese schlaun Manöver zu durchschauen. Der Kappische Putsch hat allmählich seine Wirksamkeit als Wahlagitationsmittel verloren, also muß ein neuer Putsch herhalten, und wenn es auch bloß ein erfundener ist. In wenigen Wochen finden die Wahlen statt, da kann die Reaktion gar nicht schwarz und gefährlich genug gemalt werden, damit der erhoffte „Rud nach links“ nicht ausbleibt. Wir sind bisher auf die Putsch-Gerüchte nicht eingegangen, da wir sie eben nur für eine grobe Wahlhege hielten, können aber unsere Leser die Nachrichten über die „militärische Gegenrevolution“ nicht länger vorenthalten, nachdem sie in vielen Blättern sehr ausführlich behandelt werden. Es ist sehr interessant, zu beobachten, wie sich die heutigen Berliner Morgenblätter zu der Sache stellen. Wir geben einige Stimmen im folgenden wieder:

Zu den neuen Putschgerüchten schreibt der „Berliner Sozialanzeiger“, daß in Pommern Ruhe herrsche. Von der Absicht eines neuen Putschversuchs könne keine Rede sein. Der Oberpräsident der Provinz habe sich gestern Abend auf einige Tage nach Berlin begeben, um dort Bericht zu erstatten. Wenn auch zugegeben sein möge, daß ein großer Teil der Landbevölkerung mit der jetzigen Regierung unzufrieden sei, so lehne man doch einen Putsch allgemein ab. Ernst sehe die Lage der Provinz dagegen bezüglich der Landarbeiter aus. Hier machten sich Anzeichen bemerkbar, die auf Streiks in größerem Umfange hindeuteten. Die Arbeiter, die ursprünglich selbst die Forderung nach Zwangsstarfen aufgestellt hätten, seien jetzt mit diesen Zwangsstarfen unzufrieden.

Auch die „Deutsche Tageszeitung“ erfährt aus der Provinz Pommern, daß von Putschabsichten rechtsstehender Kreise dort in keiner Weise die Rede sein könne. Auch die Ausstellungen über die politischen Pläne des pommerischen Landbundes seien unsinnige Erfindungen. Die in Pommern bestehende Unruhe komme nur von der Feyererei der mehr oder weniger bolschewistischen Agitatoren, die die Regierung weiter gewähren lasse.

Im roten „Tag“ sagt Graf Posadowski, auch die rechtsstehenden Parteien hätten ein Recht zur Beschwerde gegen Kapp und seine Leute. Sie empfänden es als schweren Vertrauensmißbrauch, daß Leute, die sich zu ihnen zählten, hinter ihrem Rücken diese Verschwörung anzetteln, entgegen der klaren politischen Stellung der Rechtsparteien. Sie hätten dadurch Unruhe und Zwiespalt in die eigenen Reihen gebracht.

Die „Germania“ erwartet Festigung gegenüber weiteren Diktaturversuchen von rechts und von links von den bevorstehenden Wahlen, sofern sie die heutigen Regierungsparteien in ihrem Bestand befähigten, wenn nicht gar stärkten.

### Zur Geschichte des Kapp-Putschs.

Wertvolle Beiträge zur Geschichte des Militärputsches vom 13. März liefert in einem längeren Aufsatz der „Grenzboten“ Prof. Dr. Fritz Kern in Berlin. Nach seiner Darstellung war die Seele des Unternehmens der Hauptmann Pabst, der Führer einer engeren Gruppe der „Nationalen Vereinigung“, die anscheinend nach

einem von ihnen im Sommer 1919 erwarteten Putsch der Bolschewisten loszuschlagen wollten. Bereits im Sommer 1919 war es Roske gelungen, den Ausbruch einer bewaffneten Erhebung zu verhindern, und im August 1919 wurde abermals eine Putschabsicht der Seute am Pabst, zu denen auch Oberst Bauer gehörte, vereitelt. Ernsthafte Politiker warnten wiederholt. „Nur Generallandschaftsdirektor Kapp, der sich bei bedeutenden und anerkannten Fähigkeiten schon während des Krieges durch die Unmäßigkeit seiner politischen Ziele und die Hemmungslosigkeit seiner Methoden kompromittiert und als Vorsitzender der Vaterlandspartei seinem staatsmännischer denkenden Mitvorsitzenden gelegentlich schwierige Situationen bereitet hatte, händelte mit den Verschwörern an, die in ihm den starken Mann und das repräsentative Haupt gefunden zu haben glaubten. Auch Kapp wurde, als einiges über seine Umtriebe durchsickerte, wiederholt gewarnt. Ermöglicht wurden die Verschwörer seit Herbst 1919 durch einzelne mehr oder weniger unverantwortliche Mitglieder der Berliner englischen Mission.“ — Bemerkenswert ist, was der Verfasser über das Zustandekommen des Generalfreits erzählt. Nach ihm wurde in der Kabinettsitzung der Beschluß zum Generalfreist nicht gefaßt, sondern „der Presschef des Reichskanzlers Ulrich Haussner wagte es, Flugblätter, die zum Generalfreist aufzuforderten, herauszugeben mit der Unterschrift Eberis und Roskes, die später erklärten, keine Ermächtigung dazu gegeben zu haben.“ — Zu beachten ist auch, was der Verfasser über die Mitwirkung des Generals Lubendorff an dem Militärputsch berichtet. Anlässlich der ersten der beiden Kabinettsitzungen der Kappregierung wird gesagt: „General Lubendorff war durch seinen alten Freund Bauer gebeten worden, der Sitzung als Privatperson beizuwohnen. Er hatte den Putsch als solchen nicht gewünscht. Zu seinen bekannten Wesenszügen gehört aber eine oft zu weitgehende Treue gegen seine Mitarbeiter. Auf Grund der ihm von Bauer gelieferten Angaben konnte er in jener Sitzung seinem ganzen Temperament nach nichts anderes als das militärische Durchhalten empfehlen. Der Mangel an politischem Augenmaß bei diesem großen Soldaten wurde ihm wiederum verhängnisvoll. Indem er ans Portepce schlug, gab er für den Augenblick den Desperados neue Kraft. Seine Autorität hielt die Wankenden fest. Es war der Mut des Offiziers, der auf verlorenem Posten ausharrt.“

### Zur äußeren Lage.

#### Belgische Gewaltpolitik.

(W.B.) Berlin, 16. April. Die deutsche Regierung hat anfangs April in Paris eine umfangreiche Note übergeben lassen, worin sie nachdrücklich Beschwerde führt gegen die unerhörten Gewaltmaßnahmen, die die belgischen Behörden im Hinblick auf die Volksabstimmung in den Kreisen Eupen und Malmedy zur Anwendung bringen. Schon in technischer Beziehung kann von einer sachgemäßen Abstimmung keine Rede sein, denn es liegen nur zwei Stimmlisten aus und die einzelne Eintragung dauert so lange, daß innerhalb der sechsmonatigen Abstimmungszeit selbst bei ununterbrochener Reihenfolge der Eintragungen nur eine Minderheit der Stimmberechtigten ihr Stimmrecht ausüben könnte. Bei der Eintragung werden die Stimmberechtigten durch die belgischen Kreisbeamten in kaum glaublicher Weise beeinträchtigt. Vor allem aber geht Belgien gegen die Personen, die sich für Deutschland eintragen, mit Zwangsmaßnahmen vor, die nichts weniger als eine Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz bedeuten. Von den Maßnahmen dieser Art sind die unerträglichsten: Entziehung der Erlaubnis zum freien Verkehre im besetzten Gebiet und Einbehaltung der Lebensmittelkarten, sowie der Ausschluß vom Selbsttausch. Die deutsche Regierung sieht in diesem Vorgehen nicht nur einen Bruch des wiederholten feierlichen Versprechens der Vorsorge für eine freie unbeeinträchtigte Stimmabgabe, sondern auch eine Verletzung des Friedensvertrags, da die Ausübung eines vertraglich verbrieften Rechts verhindert wird. Sie legt gegen dieses Verhalten der belgischen Behörden nachdrücklich Verwahrung ein und verlangt, daß Vorkehrungen für die technische Durchführbarkeit der Abstimmung getroffen werden derart, daß jede Beeinflussung Abstimmender aufhört, daß die Eintragungen geheim gehalten und dagegen verstoßende Beamte entfernt werden und daß jegliche Benachteiligung der Personen, die sich eingetragen haben, unterbleibt. Die Note wendet sich also an den Völkerverbund mit dem Ersuchen, eine Kommission zur Überwachung zu entsenden und spricht die Erwartung aus, daß Maßnahmen getroffen werden, um die Vergewaltigung einer Bevölkerung von mehr als 60 000 Seelen zu verhindern.

#### Belgiens Beteiligung an dem Friedensbruch.

(W.B.) Brüssel, 15. April. Das offiziöse „Journal des Bruges“ sucht das belgische Volk zu beschwichtigen, indem es erklärt, es bestehe keine Befürchtung, daß die englische Regierung Bel-

gien weitere Kredite verweigern werde wegen der Beteiligung belgischer Soldaten an der Besetzung Frankreichs. Die englische Regierung habe schon lange erklärt, daß sie über den 1918 bewilligten Kredit von 9 Millionen Pfund Sterling nicht hinausgehen könne. Die belgische Regierung verhandle lediglich mit Privatbanken. Es könne also die Befürchtung nicht aufrecht erhalten werden, daß die Beteiligung an der Okkupation irgend etwas mit der Ablehnung zu tun habe.

(W.B.) Brüssel, 15. April. Das „Journal de Bruxelles“ gibt heute unumwunden zu, daß die belgische Regierung Hintergedanken hatte, als sie ein Bataillon nach Frankfurt a. M. entsandte. Dann erklärt das Blatt: Eine der Folgen des Dienstes, den Belgien Frankreich leistet, ist, daß die Lösung der belgisch-französischen Frage betr. die luxemburgischen Bahnen beschleunigt wird.

#### Der französisch-englische Notenwechsel.

(W.B.) Paris, 15. April. Nach einer Londoner Meldung des „Pettit Parisien“ erklärte Bonar Law gestern im Unterhaus, der französisch-englische Notenwechsel über die Besetzung von Frankfurt und der umliegenden Städte werde nicht veröffentlicht werden.

#### Die Konferenz in San Remo.

(W.B.) Mailand, 15. April. Nitti wird heute nach San Remo abreisen, obwohl die Konferenz ihre offiziellen Sitzungen erst am 20. aufnehmen wird, weil Millerand nicht eher anwesend sein kann. In der Zwischenzeit werden zwischen dem englischen und dem italienischen Ministerpräsidenten Verhandlungen gepflogen werden. Die Arbeiten der Konferenz werden etwa 1 Woche in Anspruch nehmen und zwar werden nicht nur die adriatische und die türkische Frage, sondern auch wirtschaftliche Fragen besprochen werden. Wie verlautet, sollen die Delegierten des russischen Handels, die gegenwärtig in Kopenhagen weilen, Schritte unternommen haben, um zu erreichen, daß sie an der Konferenz von San Remo teilnehmen können.

(W.B.) Paris, 16. April. Nach der „Chicago Tribune“ soll der amerikanische Botschafter in Rom, Underwood Johnson, von Präsident Wilson den Auftrag erhalten haben, der Konferenz in San Remo beizuwohnen, jedoch als einfacher Beobachter.

#### Von der Botschafterkonferenz.

(W.B.) Paris, 15. April. Die Botschafterkonferenz ist am Donnerstag zusammengetreten, um den Zeitpunkt der Volksabstimmung im Bezirke Marcinwender festzusetzen und um den Friedensvertrag mit Ungarn endgültig festzustellen. Lord Derby wird der Sitzung beiwohnen. — Wie das „Echo de Paris“ erfährt, wird auch der italienische Botschafter der heutigen Sitzung der Botschafterkonferenz wieder beiwohnen.

(W.B.) Paris, 16. April. Der Botschafterrat hat sich in seiner gestrigen Sitzung auch mit der Verteilung der von Deutschland als Ersatz für Scapa Flow gelieferten 192 000 Tonnen Material beschäftigt. Der „Temps“ glaubt erklären zu können, daß etwas weniger als die Hälfte des gelieferten Hafensmaterials unbrauchbar sei. Das „Journal des Debats“ erklärt, es handle sich nur um einen kleinen Teil des gelieferten Materials, der nicht verwendbar sei.

#### Der Rest unserer Handelsflotte.

\* Berlin, 15. April. Wie dem „Berl. Lokalan.“ aus Bremen gemeldet wird, wurde in der Hauptversammlung des Deutschen Seeschiffahrtstages ein scharfer Protest gegen die Auslieferung des Restes der deutschen Handelsflotte einstimmig angenommen und dem Reichskanzler, dem Auswärtigen Amt und der Nationalversammlung übermittelt.

(W.B.) Berlin, 14. April. Die deutsche Regierung hat eine Note an die Reparationskommission gesandt, worin angekündigt wird, daß die deutsche Regierung einen bestimmt formulierten Antrag dahin stellen wird, wie viel Schiffe, welche Art Schiffe und für welche Zeit die Reparationskommission Deutschland überlassen möge. Die deutsche Regierung wird sich erlauben, in einer zweiten Note demnach in diesem Sinne auf die Angelegenheit zurückzukommen. Der Vorsitzende der deutschen Schiffahrtsdelegation ist wegen der Fortsetzung der bisher in London geführten Verhandlungen betr. die Ablieferung der Schiffe inzwischen unmitttelbar mit dem Vorsitzenden des Maritime Service in London in Verbindung getreten.

#### Aus dem ober-schlesischen Abstimmungsgebiet.

(W.B.) Bentzen i. O., 14. April. In einem Aufruf der national-polnischen Vereine und Organisationen, an deren Spitze das polnische Plebiszitkommissariat für Schlesien, bezeichnet Korfanty, steht, heißt es u. a.: Wir erklären hiemit feierlich im Namen der polnischen Bevölkerung Oberschlesiens, daß

ing  
ing

Liebenzell.

14. April 1920.

Einladung.

Freunde und  
den 17. April

zeit

Freundlichst

Freunde

Emendörfer,  
ell.

och.

bung.

Freunde und  
den 17. April

rier

Basthaus zum  
einzuladen, mit  
dung entgegen-

in Maifenbach.

le,  
ate, Köfleswirt

loch.

in

ti-

ungen

llwangen.

bliden Herrn hüb-  
uniges

immer

zu mieten gesucht  
ell mit Pension).

ote unter C. 83 an  
büfstelle d. Blattes

offer, gebrauchter

herd

zu verkaufen.

ragen bei

demann, Hirsau.

ausen gesucht

terhaltene 6 mu

merflinte.

Burghardt, Taffer,  
Liebenzell,

nnengasse 31.

wir den Standpunkt der interalliierten Kommission bezüglich der Wahlen zum deutschen Parlament völlig billigen und daß wir gegebenenfalls jedes Mittel anwenden werden, um Wahlen zum deutschen Parlament zu verhindern.

(W.B.) Opatowitz, 15. April. Infolge der durch die Erschießung des Eisenbahngütervorstehers Plaszel hervorgerufenen Zusammenstöße mit französischem Militär ist gestern der verheerendste Belagerungszustand über Opatowitz verhängt worden.

### Die Wahlen in Danzig.

(W.B.) Paris, 16. April. Wie Reuter aus London meldet, hat der Sekretär des Völkerbunds dem britischen Oberkommissar in Danzig mitgeteilt, daß die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung des Freistaats Danzig am 16. Mai stattfinden.

### Die nordfriesische Frage.

(W.B.) Kopenhagen, 15. April. Der Ministerpräsident Friis empfing heute eine Abordnung von dänischen Nordfriesen, die ihm eine Petition über die Internationalisierung der zweiten Zone überbrachten. Der Ministerpräsident erklärte u. a.: Es ist undenkbar, daß ein Geschäftsministerium in dem Augenblick, wo die nordfriesische Frage wie ein Signalfeuer von Wahlkreis zu Wahlkreis leuchtet und das Volk sich bereits in wenigen Tagen um die Wahlurne versammelt, jetzt für eine bestimmte Regelung der nordfriesischen Frage in die Schranken treten soll.

### Die Deutschen-Ausweisung aus Haiti.

Wir haben neulich berichtet, daß die auf Haiti ansässigen Deutschen, etwa 60 an der Zahl, von dort ausgewiesen worden sind. Den wahren Grund für diese harte Maßnahme gibt das amerikanische Blatt „New York Evening World“ offen zu, indem es schreibt: „Die Deutschen sollen für ihre geschäftlichen Erfolge bestraft werden. Das ist der wahre Grund für ihre Ausweisung. Seit Monaten waren wir überzeugt, daß man Mittel und Wege finden muß, den deutschen Einfluß im Lande auszumerzen und so viele Deutsche wie möglich, wenn nicht alle, auszuweisen. Der Regeraufstand gab einen plausiblen und technisch unanfechtbaren Vorwand, die Deutschen aus dem Wege zu räumen.“

### Italiens Abrüstung.

(W.B.) Mailand, 15. April. Nach einem Plan des Kriegsministers werden die Streitkräfte stark herabgesetzt werden. Die militärische Dienstzeit für jeden italienischen Staatsbürger soll 5 Monate nicht übersteigen. Die Zahl der Armeekorps soll auf 19 herabgesetzt werden, wodurch 300 Generale zur Entlassung kommen werden.

### England und der deutsche Ausverkauf.

(W.B.) Amsterdam, 15. April. Wie die englischen Blätter melden, erklärte der Präsident des britischen Handelsamts im Unterhaus, aus Deutschland seien in den letzten 6 Monaten für insgesamt 243 000 Pfund Sterling Manufakturwaren nach England eingeführt worden. Soviel er wisse, habe die deutsche Regierung keinerlei Ausfuhrzoll erhoben.

### Polnische Verkehrsperre.

(W.B.) Danzig, 15. April. Das polnische Ministerium hat beschlossen: Am die Wiedereinführung der Kronenbanknoten durchzuführen, wird in der Zeit von Mitternacht vom 16. auf 17. April bis Mitternacht vom 26. auf 27. April der gesamte Personen- und Güterverkehr zwischen Polen und dem Ausland vollständig gesperrt. Die Abstimmungsgebiete gelten als Ausland. Für den Transitverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland ist die Linie Königsberg-Marienwerder, für den Transitgüterverkehr auch die Linie Königsberg-Danzig-Deutsch-Eylau in Aussicht genommen.

### Budapest ohne Zeitungen.

\* Berlin, 16. April. Nach dem „Berl. Lokalan.“ haben die Herausgeber der Zeitungen in Budapest beschlossen, wegen der teuren Papierpreise (70 bis 80 Kronen pro Kilo) die Herausgabe von Zeitungen einzustellen.

### Nähertritt der tschechischen Regierung.

(W.B.) Prag, 15. April. Am Schluß der heutigen Sitzung der Nationalversammlung zeigte Ministerpräsident Tuzar den Nähertritt der Regierung an und erklärte u. a.: Wir haben uns Ihnen mit dem Programm vorgestellt, die Verfassung durchzuführen, die Wahlen auszuschreiben und die Weiterführung der Staatsgeschäfte einer Regierung anzuvertrauen, welche einem vom Volk gewählten Parlament verantwortlich sein wird. Nächsten Sonntag werden die Wahlen vorgenommen werden. Die Nationalversammlung wird vielleicht verfassungsgemäß bis zur Konstituierung der neuen Nationalversammlung beibehalten bleiben.

### Das allgemeine Wahlrecht in Belgien.

(W.B.) Brüssel, 15. April. Der Senat hat einen Gesetzentwurf betreffend das allgemeine Wahlrecht angenommen, der auch den Frauen das Stimmrecht gibt.

### Hindenburgs Erinnerungen.

Das Kopenhagener Blatt „Politiken“ begann kürzlich mit der Veröffentlichung von Hindenburgs Erinnerungen. (Das Buch ist bekanntlich in Deutschland noch nicht erschienen.) Es verlohnt sich, einige Sätze aus dem Kapitel über den U-Bootkrieg wiederzugeben. Hindenburg schreibt u. a.: „Auf alle Fälle gab die Anwendung des U-Bootkriegs mit seinen verlockenden Aussichten dem Heer und dem Volk lange Zeit eine moralische Stärkung, um den Landkrieg fortzusetzen. Man überließ bei der Beurteilung des U-Bootkrieges, daß alle entscheidenden Beschlüsse, nicht nur im Krieg, ein großes Risiko enthalten, daß das größte einer Handlung hauptsächlich darin liegt, daß ein hoher Einsatz gewagt wird. Wenn ein Feldherr auf dem Schlachtfeld seine letzten Reserven in den Kampf wirft, tut er nichts anderes, als was sein Vaterland mit Recht von ihm fordert: Er nimmt die völlige Verantwortung auf sich und hat den Mut, den letzten entscheidenden Schritt zu tun, ohne den der Sieg nicht erkämpft werden kann. Ein Führer, der nicht

### Amfliche Bekannmachungen.

**Bekanntmachung betr. Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.**  
Wegen der weiteren Verbreitung der Seuche und der großen Gefahr der Einschleppung wird den im Oberamtsbezirk Calw befindlichen Schäferherden die Benützung einer allgemein zugänglichen Schafwäshe verboten.

Deshalb wird es verboten, Schäferherden auf dem Wege von oder zu einer Schafwäshe durch den hiesigen Bezirk zu treiben.

Calw, den 13. April 1920.

Oberamt: G. S.

**Verurteilung von Bränden durch das Spielen mit Zündhölzern und feuergefährlichen Stoffen.**

Mit Bezug auf den Erlass des Ministeriums des Innern vom 26. April 1905 (A. M. S. 232), sowie vom 30. Oktober 1906 (A. M. S. 332) wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den durch einen Brand an ihren Gebäuden Beschädigten eine Entschädigung von der Gebäudebrandversicherung nicht zuteil wird, wenn sie die Entstehung des Brandes selbst durch grobe Fahrlässigkeit verschuldet haben (Art. 32 Abs. 2 des Gebäudebrandversicherungsgesetzes vom 14. März 1853), daß ebenso den Mobilienversicherungsanstalten gesetzlich verboten ist, irgend eine Entschädigung an solche durch Verbrennen ihrer Sachen Beschädigte auszubehalten, denen bezüglich des ihnen zugesprochenen Brandunglücks eine Feuerverwahrlosung zur Last fällt (Art. 18 Abs. 1 des Mobilienversicherungsgesetzes vom 19. Mai 1852) und daß eine grobe Fahrlässigkeit oder eine Feuerverwahrlosung im Sinne der genannten Bestimmungen auch in dem Unterlassen genügender Beaufsichtigung der Kinder oder gehöriger Bewahrung der Zündhölzer und der besonders feuergefährlichen Stoffe gefunden werden kann.

Die Ortspolizeibehörden werden angewiesen, Vorstehendes in ordnungsgemäßer Weise bekannt zu geben (Abs. 4 des Min.-Erl. vom 30. Oktober 1906) und den Mitgliedern der Ortsfeuerwehrgesellschaft und den Polizeiorganen die größte Wachsamkeit in Bezug auf Übertretungen der §§ 1—3 der W. D. betr. die Feuerpolizei und der §§ 2 und 3 der Min.-Verf. betr. die Reichsfeuerzeuge zur besonderen Pflicht zu machen (Abs. 2 Ziff. 1 des Min.-Erl. vom 26. April 1905).

Calw, den 12. April 1920.

Oberamt: Bögel, Antmann, gef. St.

**Bezirks-Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge.**

In der Verwundeten-Schule in Schlucht ist es noch möglich, Kriegsbeschädigte Schreiner, Buchbinder, Maler und Landwirte sachgemäß auszubilden, auch soweit erforderlich zur Meisterprüfung vorzubereiten. Der Unterricht und das Material ist unentgeltlich. Bedürftigen Kriegsinvaliden wird ein Beitrag zum Lebensunterhalt gewährt.

Diesbezügliche Meldungen haben bei der Bezirks-Fürsorgestelle Calw unverzüglich zu erfolgen.

Seine letzten Kräfte einsetzen kann oder will, um den Sieg zu erringen, ist ein Verbrecher an seinem Volk. Wenn sein Schwachmüßigkeit ihn schließlich die Raserei und der Hohn der Schwachen und Feigen treffen. Das ist nun einmal das Los des Soldaten. Ihm würde jede Größe fehlen, wenn er sich nur auf seine Berechnungen zu stützen brauchte, und wenn die Erwerbung des Lorbeers nicht abhängig wäre vom Mute, die Verantwortung auf sich zu nehmen. Es war das Ziel unserer deutschen militärischen Erziehung, diesen Mut zu entwickeln.

Am Schluß des Kapitels drückt Hindenburg seine Zweifel darüber aus, daß der Eintritt Amerikas in die Reihe unserer Gegner den Krieg entschieden hätte. Er stellt sich damit in einen Gegensatz zu den Veröffentlichungen des amerikanischen Generals Pershing, dessen Hauptabsicht eben ist, das Entscheidende der amerikanischen Mithilfe darzutun. Hindenburg schließt sein Kapitel über den U-Bootkrieg mit den Worten: „Wir wollen zunächst abwarten, bis wir einen Einblick in die Kräfte bekommen, welche wir durch unseren U-Bootkrieg und durch die zeitweiligen großen Ergebnisse der Frühjahrsoperationen 1918 bei unseren Gegnern herbeibringen. Dann werden wir vielleicht erfahren, daß wir manchmal nahe daran waren, den Siegeskranz an uns zu reißen und wir werden vielleicht gar lernen einsehen, daß es ganz andere als gerade militärische Gründe waren, welche es für uns möglich machten, einen siegreichen oder jedenfalls erträglichen Abschluß des Krieges zu erreichen.“

Besonders bemerkenswert ist das Kapitel, das die letzte Woche vor dem militärischen Zusammenbruch schildert. Hindenburg schreibt dort: „Wenn der Feind sich in der Erwartung unseres Zusammenbruchs irrte, so irrten wir uns in der Hoffnung, daß der Feind völlig ermatten würde. Der endgültige ungünstige Ausgang des Kampfes ließ sich daher nicht verhindern, wenn es uns nicht glückte, noch ein Aufgebot von Deutschlands letzter Kraft zuwege zu bringen. Eine Volkserhebung würde ihre Wirkung auf den Feind und auf unser eigenes Heer nicht verfehlt haben, aber gab es noch eine solche brauchbare Lebenskraft, eine opferwillige Volksmasse? Jedenfalls war unser Versuch, sie hervorzuzaubern, vergeblich. Die Bevölkerung brach früher zusammen, als das Heer. Unter diesen Umständen konnten wir dem Präsidenten der Vereinigten Staaten keinen wirksamen Widerstand leisten. Unsere Regierung gab in der Hoffnung auf Mitleid und Gerechtigkeit nach. Der deutsche Soldat und der deutsche Staatsmann gingen jeder seinen eigenen Weg. Die entstandene Kluft wurde nicht mehr geschlossen.“ Mit einem zuversichtlichen Ausblick schließt die Veröffentlichung. Deutschland, sagt Hindenburg, wird nicht zugrunde gehen, solange es den Glauben an seine große weltgeschichtliche Mission behält. „Wenn erst einmal der Nationalgedanke und das Nationalbewußtsein wieder auferstanden sind, werden sowohl aus dem großen Kriege, auf den kein Volk mit gerechterem und reinerem Stolz zurückblicken kann als das unsrige, wie auch aus dem Genie der jetzigen Tage wertvolle geistige Früchte für uns reifen. Mit

diesem Trost lege ich die Feder nieder und baue fest auf dich: Du deutsche Jugend!“

### Deutschland.

#### Aus dem Reichsrat.

(W.B.) Berlin, 15. April. In der heutigen öffentlichen Sitzung des Reichsrats wurden angenommen: 1. eine Verordnung, wonach bei privaten Versicherungsunternehmungen bei der Bemessung der Prämienreserven das Zillmerische Verfahren zur Anwendung kommen darf, 2. eine Verordnung über Verbot des Zerkennens, Zerschneidens und Sortierens von Hadern und Lumpen aller Art in der Hausarbeit, 3. eine Verordnung über das Reichswirtschaftsgericht, 4. der Entwurf über die Befriedigung der Gebäude des Reichstags und der Landtage. Der Entwurf ist begründet durch die Vorgänge des 13. Januar vor dem Reichstag. Es sollen darnach künftig in einer gewissen Entfernung vom Gebäude des Reichstags und den Gebäuden der Einzelkammern keine Versammlungen unter freiem Himmel stattfinden dürfen.

#### Deutsche Nationalversammlung.

Die gestrige Sitzung brachte die 1. Beratung des Gesetzentwurfs betr. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit und betr. die Herabsetzung der Reichswehr. Der Reichsjustizminister B. L. u. a. betonte die Notwendigkeit des Entwurfs durch die erforderliche Zunahme der Kriminalität in der Reichswehr. Nach Bemerkungen von Abg. der verschiedenen Parteien werden beide Gesetzentwürfe an einen Mitgliedigen Ausschuss verwiesen. — Der Gesetzentwurf betreffend die Brauntuchsteuer wird in allen drei Lesungen beendet. — Es folgen mündliche Berichte des Ausschusses für Wohnungspolitik, die ohne Aussprache erledigt werden. — Es folgt die 2. Beratung des Gesetzentwurfes über die Prüfung von Bildstreifen für Viehtiere. § 1 wird in der Ausschussfassung angenommen mit dem Zusatz, daß die vorgesehenen Verbote für das In- und das Ausland gelten sollen. Zu § 6 wird Absatz 1 getrichen, der besondere Landesprüfungsstellen für Jugendfilme einführen wollte. Eine Reihe weiterer Paragraphen wird im wesentlichen in der Ausschussfassung angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes. — Das Gesetz wird darauf auch in der dritten Lesung angenommen. Der Antrag auf Kommunalisierung der Vorführung von Bildstreifen wird abgelehnt.

#### Das Wahlgesetz.

Der Entwurf eines Reichswahlgesetzes, der der Nationalversammlung zugegangen ist, kann bei der Kürze der Zeit nicht mehr gründlich durchgearbeitet und beraten werden. Man gewinnt deshalb die Ansicht die Oberhand, daß bei den kommenden Wahlen die Wahlkreiseinteilung von der Nationalversammlungswahl im Grundzuge genommen werden soll, bei der Württemberg und Hohenzollern bekanntlich einen Wahlkreis bildeten. Solange über die Reichswahlen keine klare Entscheidung getroffen ist, kann naturgemäß auch die Ausarbeitung eines Entwurfs für die württ. Landtagswahlen nicht in Angriff genommen werden. Eine Entscheidung über Wahlverfahren und Wahlkreiseinteilung für die am 13. Juni anberaumten Reichswahlen dürfte schon in den nächsten Tagen fallen.

#### Vom parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

(W.B.) Berlin, 15. April. Die für den 16. April angekündigte Sitzung des Zweiten Untersuchungsausschusses des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung findet nicht statt.

#### 12 Milliarden Defizit.

(W.B.) Berlin, 15. April. Im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung erklärte der Reichsfinanzminister, die ursprüngliche Hoffnung, das Defizit der Reichseisenbahnen würde sich auf sieben Milliarden beschränken, sei nicht aufrecht zu erhalten. Einschließlich von zwei Milliarden neuerforderter Löhne sei mit 12 Milliarden Defizit zu rechnen.

#### Aus dem Ruhrgebiet.

(W.B.) Bochum, 15. April. Reichswehrtruppen sind heute Vormittag hier eingetroffen.

#### Der neue italienische Geschäftsträger in Berlin.

(W.B.) Rom, 15. April. Der neuernannte italienische Geschäftsträger in Berlin, de Martino, ist nach Berlin abgereist, um die Leitung der Geschäfte zu übernehmen. Zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens wird de Martino die Ankunft der anderen alliierten Vertreter abwarten, um so im Einvernehmen mit den alliierten Mächten vorzugehen.

#### Der neue badische Finanzminister.

(W.B.) Karlsruhe, 15. April. Der badische Landtag hat heute an Stelle des zum Reichsfinanzminister ernannten bisherigen badischen Finanzministers Dr. Wirth den Staatsrat Abg. Köhler einstimmig zum badischen Finanzminister gewählt.

#### Gegen das neue Krankenkassengesetz.

\* Berlin, 16. April. Wie dem „Berl. Lokalan.“ mitgeteilt wird, hat die Münchener Ärzteschaft beschlossen, in einen Streit gegen das neue Krankenkassengesetz zu treten. — In Leipzig hat der Beirat des Ärztevereins gemeinsam mit dem geschäftsführenden Ausschuss des Deutschen Ärztevereinsbundes beschlossen, die kassenärztlichen Organisationen zu veranlassen, alsbald von den bisherigen Kassenarztverträgen zurückzutreten. Bei einer Neuregelung der Verträge verlangen sie Zulassung der freien Arztwahl und eine Bezahlung, die den jetzigen Teuerungsverhältnissen gerecht wird.

#### Erzwungene Forderungen von Betriebsräten.

(W.B.) Berlin, 15. April. Die Betriebsräte in der Fabrik Anort-Bremse in Lichtenberg drängen heute in das Verwaltungsgebäude ein und stellten folgende Forderungen an die Direktion: 1) Zahlung von 1000 Mark an jeden der 3600 Arbeiter. 2) Keine Afordarbeit mehr, sondern 6 Mark Stundenlohn. 3) Bezahlung der Kapp-Streikstage. Bei der Gelegenheit wurden die Arbeiter tätlich gegen einzelne Beamte und zwangen schließlich den Direktor, mit den draußen versammelten Arbeitern zu verhandeln und ihnen folgende schriftliche Zusagen zu machen, die er angesichts der drohenden Haltung der Ar-

beiter au  
3 erklärte  
lehnte ab  
ihm abge  
industriell  
die Befürcht  
fabriker  
die Stiche  
  
Der  
neue Se  
mit 12  
ohne A  
steuer,  
Flasche  
  
Se  
In  
und der  
wurde ei  
des Erm  
ben Rum  
öffentliche  
Verfleu  
  
\* Z  
dem Vor  
Ministeri  
men; bis  
erhoben,  
Aus der  
Verwalt  
Abgaben  
sehen, b  
ais der  
heranzie  
waltungs  
auf die  
ein fort  
— Die  
im Zeu  
Kaufman  
Das Be  
der Stab  
verschie  
Besther  
neuen S  
schädigt  
mit einer  
essen der  
schlagen,  
garter  
Grundst  
auf das  
hörenden  
dem jeh  
dem ein  
funden,  
des fog  
das Kar  
aufgeföh  
würde.  
Wohnum  
Reichsba  
macht da  
Klerung  
beschloss  
angemess  
würkt. A  
  
Im  
Einzelst  
waren i  
Firma I  
Papierh  
händler  
Händler  
Calw ist  
Den

beiter auch abgab: Zahlung von 500 Mark. Zu Punkt 2 und 3 erklärte er, sich jetzt nicht festlegen zu können. Die Direktion lehnte aber nachher die Erklärungen des Direktors ab, weil sie ihm abgezwungen worden waren, und der Bund der Metallindustriellen lehnte auch die Forderungen ab und beschloß, morgen die Fabrik zu schließen und die Arbeiter zu entlassen. Man befürchtet, daß die Arbeiter infolgedessen die Fabrik morgen sabotieren werden. Es ist aber für ausreichenden Schutz durch die Sicherheitspolizei Sorge getragen.

### Eine neue Sektsteuer.

Der Nationalversammlung ist ein Steuerentwurf über eine neue Sektsteuer zugegangen. Die Flasche Sekt wird künftig mit 12 Mark, statt bisher mit 3 Mark besteuert. Auch der ohne Traubenwein, aus Fruchtsaft hergestellte Sekt wird besteuert, statt 60 Pfg. sollen künftig 3 Mark Steuer für die Flasche bezahlt werden.

### Schutz der Denkmäler und Kunstwerke.

In der Stuttgarter Besprechung von Vertretern des Reichs und der Länder über den Schutz von Denkmälern und Kunstwerken wurde eine Uebereinstimmung dahingehend erzielt, daß auf Grund des Ermächtigungsgesetzes eine Verordnung erlassen werden soll, die den Kunstbesitz der Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und der Fideikommissen schützt, insbesondere eine Verschleuderung ins Ausland verbietet.

### Schieber in Magdeburg.

\* Berlin, 16. April. Nach einer Meldung des „Berl. Lokalanzeiger“ aus Magdeburg sind dort wegen Preiswärters und Verschlebung von Kartoffeln ein sozialdemokratischer Stadtverordneter und zwei Händler verhaftet worden. Auch vier Schieber wurden festgenommen, die eine aus dem Magdeburger Sanitätsdepot gestohlene Wagenladung Heeresverbandsstoffe im Werte von 300 000 Mark nach Berlin verschleppen wollten.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 16. April 1920

#### Vom Rathaus.

\* In der gestrigen öffentlichen Sitzung des Gemeinderats unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner wurde auf Grund eines Ministerialerlasses eine Erhöhung der Feuerwehrgabekosten vorgenommen; bisher wurden je nach Einkommen und Vermögen 3 bis 20 M. erhoben, künftig sollen die Abgaben 5, 10, 20 und 30 M. betragen. Aus der Mitte des Kollegiums wurde der Wunsch ausgedrückt, der Verwaltungsrat der Feuerwehr möge im Verhältnis zu den höheren Abgaben auch höhere Strafen für Verfallnis der Uebungen festsetzen, bei fortgesetztem Fernbleiben die Leute aus dem Verzeichnis der Feuerwehrmitgliederei streichen, um sie zur Feuerwehrgabekostenheranziehung zu können. — Entsprechend dem Vorschlag der Verwaltungsabteilung soll den städtischen Beamten und Unterbeamten auf die neue Gehaltsregulierung die ab 1. April in Geltung tritt, ein fortlaufender Zuschuß von 200 M. monatlich gewährt werden. — Die Notwendigkeit der Erweiterung des städtischen Auffüllplatzes im Teufelweg veranlaßte die Einleitung von Verhandlungen mit Kaufmann Pfeiffer, um dessen angrenzende Grundstücke zu erwerben. Das Grundstück umfaßt etwa 13 Ar, wovon 5 Ar als Eigentum der Stadt angesprochen werden, die im Laufe der Jahre von den verschiedenen Besitzern übernommen worden waren. Der derzeitige Besitzer verlangt für die Abtretung ein städtisches Grundstück in der neuen Stuttgarter Straße im Umfang von 12 Ar, sowie gewisse Entschädigungen im Betrage von 500 M. Das Kollegium erklärte sich mit einem solchen Tauschvertrag nicht einverstanden, da die Interessen der Stadt dadurch sehr geschädigt würden. Es wurde vorgeschlagen, ein städtisches Grundstück (Baumwiese) in der alten Stuttgarter Straße mit 8 Ar 71 Quadratmeter für das Pfeiffersche Grundstück abzutreten, im Falle der Ablehnung aber den Anspruch auf das städtische Eigentum geltend zu machen. Die der Stadt gehörenden Teile des Gartens sollen jedoch gegen angemessene Pacht dem jetzigen Besitzer überlassen werden. Es wurde beschlossen, nachdem eine sofortige Besichtigung seitens des Gemeinderats stattgefunden, vorläufig die Müllabfuhr im Wurfbrennental beim Anfang des sog. „Spartakusweg“ unterzubringen. Im Herbst soll dann auch das Kannenwirt-Stammlesche Grundstück in der Altbürgerstraße aufgefüllt werden, da auf diese Weise ein schöner Bauplatz gewonnen würde. — Dem Vorschlag von G. M. May entsprechend soll für Wohnneubauten in drei städtische Gebäude die Aufnahme von Reichsbankdarlehen angemeldet werden. — Das Ernährungsministerium macht darauf aufmerksam, daß die Gemeinden das Recht zur Regulierung der Pachtpreise für Grundstücke besitzen; es wurde daher beschlossen, städtischerseits einzugreifen, wenn die Pachtpreise eine unangemessene Steigerung erfahren sollten. — Auf eine Mitteilung des württ. Münzamts, daß durch Rillung der Münzen eine Unterscheidungs-

möglichkeit zwischen 1- und 2-Pfennigmünzen zu erreichen sei, wurde beschlossen, je 50 000 1- und 2-Pfennigmünzen zu bestellen. — Das Passionskonzert am Karfreitag hat einen Reinertrag von 800 Mark zu Gunsten des Kriegedenkmals ergeben; vom Färbereifund wurden dem Kriegedenkmalsfonds ebenfalls 1000 M. zugewendet.

### Reise des württ. Staatspräsidenten.

Staatspräsident Blos hat sich nach Berlin begeben. Als Stellvertreter des Staatspräsidenten ist Minister des Kirchen- und Schulwesens, Dr. v. Hieber, bestellt worden. Es handelt sich bei der Berliner Reise, wie das Südd. Korrespondenzbüro erzählt, um Fühlungnahme mit der Reichsregierung, um bei den Beratungen mit der Gesamtente über die Aufhebung der Einwohnerwehren die speziellen Interessen Württembergs zu vertreten.

### Vom Landtag.

In kommender Woche, am Donnerstag, den 22. April, wird auch der Volkswirtschaftliche Ausschuß seine Beratungen aufnehmen. Es liegen ihm bekanntlich eine Reihe von Anträgen der Parteien zu landwirtschaftlichen und Ernährungsfragen vor.

**Die Erziehung zur Landeskirchenversammlung** für den verst. Prälat Dr. Römer in den Kirchenbezirken Nagold und Herrenberg ist auf Sonntag, 25. April festgesetzt. Als voraussichtlich einziger Wahlbewerber tritt, wie wir hören, Defan Groß-Hall auf, an den von verschiedenen Seiten die Aufforderung erging. Groß war in den 90er Jahren Pfarrer in Bödingen O. A. Nagold und hat schon als Mitglied der 7. Landesversammlung des Nagold und Herrenberger Bezirkes vertreten; er ist also in seinem Wahlkreis kein Fremder mehr.

### Der Kampf gegen die drohende Hungersnot.

Eine vom Verein zur Förderung der Volksbildung, von sämtlichen Gewerkschaftsverbänden, dem Ev. Volksbund, dem kath. Volksverein und anderen Organisationen einberufene Massensammlung in Stuttgart nahm nach einem Vortrag von Prof. Dr. Gaupp-Tübingen über unsere Aufgaben angesichts der drohenden Hungersnot einstimmig eine Entschließung an, in der Bauern und Städter aufgefordert werden, die Behörden im Kampf gegen Schieberum und Schleißhandel nachdrücklich zu unterstützen, sowie namentlich selbst den Gedanken des Gemeinwohlens ganz anders als bisher über den Gedanken des privaten Geldverdienstes und Genießens zu stellen. Von der Reichsregierung werden unverzügliche Maßnahmen erwartet, um jede Vergeudung von Nahrungsmitteln zu verhindern.

### Der schwäbische Boden in Gefahr.

ep. Auch in unserem Land ist, von der Dessenlichkeit wenig beachtet, die Auslieferung des Bodens an das ausländische Spekulationskapital im Gange, eine friedliche Annexion, die aber in ihren Wirkungen nicht weniger verhängnisvoll ist als eine Eroberung mit Feuer und Schwert. Der niedrige Stand unserer Valuta ist es, der unsere Nachbarn, vor allem die Schweiz mit ihrer fast unerschütterten Geldwirtschaft geradezu einlädt, auf den deutschen Boden als die z. Bt. einträglichste und sicherste Kapitalanlage die Hand zu legen. Die Gefahr, die in dieser Entwicklung der Bodenverhältnisse für unsere ganze Zukunft liegt, kann nicht ernst genug genommen werden. Wer den Boden hat, der ist auch der Herr aller, die darauf wohnen und arbeiten; dem sind sie tributpflichtig. Wird darum dem Ausverkauf unseres Bodens an das Ausland nicht Einhalt geboten, so ist unsere und unserer Kinder und Rindstinder wirtschaftliche Verfassung endgültig besiegelt.

### Weiterbestehen der Elementarklassen.

Die Ministerialabteilung für die höheren Schulen hat auf Anfrage über die Aufhebung der Elementarklassen folgenden Bescheid gegeben: Ueber den Zeitpunkt der Einführung der Grundschule bzw. den Abbau der Elementarklassen in Württemberg sind amtliche Bestimmungen noch nicht ergangen. Es kann jedoch mit Sicherheit davon ausgegangen werden, daß die Grundschule nicht vor dem Jahr 1920 eingeführt wird. Demgemäß kann in diesem Jahre wie bisher die Aufnahme in die Elementarklassen erfolgen.

### Schule und Reichsverfassung.

Jeder Schüler und jede Schülerin, die mit Beendigung des Schuljahres 1919/20 aus der Volksschule, Mittelschule, höheren Schule, Fortbildungsschule, Gewerbe- oder Handelsschule ausscheiden bzw. ihrer Schulpflicht genügt haben, erhalten einen Abdruck der Reichsverfassung in einer Tasche, die mit dem Namen der Schülers zu versehen ist. Die Abdrücke werden auf Kosten des Reichs in der Reichsdruckerei hergestellt und mit den Taschen den Schülern in Bälde zugesandt.

### Für Auswanderungslustige.

Der für Deutschland überaus unglückliche Ausgang des Weltkriegs hat es mit sich gebracht, daß sich von der trügerischen Hoff-

nung auf die Erlangung besserer Lebens- und Existenzbedingungen in fremden Ländern genährt, weitere Kreise unseres Vaterlands mehr oder weniger ernst mit dem Gedanken einer Auswanderung tragen. Deshalb darf nicht unterlassen werden, die beteiligten Kreise darauf hinzuweisen, daß sich den Auswanderungslustigen derzeit auch im Auslande keine rosigen Aussichten bieten und ihrer auch dort nur harte Arbeit und ein schweres Los harret, weil sämtliche Staaten durch den Weltkrieg schwer in Mitleidenschaft gezogen worden sind und sie sich außerdem gegenwärtig allesamt damit beschäftigen, Einwanderungsbestimmungen zu treffen, die den Ausländern das Leben so sauer als möglich machen sollen. Wenn sich daher einem Auswanderungslustigen Beschäftigung im Inlande bietet und seine Existenz halbwegs gesichert erscheint, so kann ihm nicht genug von einer Auswanderung abgeraten werden. Sollte sich aber jemand trotzdem zur Auswanderung entschließen, so wende er sich, ehe er der Ausführung seines Entschlusses näher tritt, um Auskunft an das Reichswanderungsamt Berlin oder an eine Zweigstelle desselben, die in Hamburg, Frankfurt a. M., Dresden A. 1, Leipzig, Bielefeld und Kiel errichtet sind, welche Auswanderungslustigen auf mündliche oder schriftliche Anfragen unentgeltlich Auskunft über die Auswanderungsziele und die sonstigen Auswanderungsangelegenheiten erteilen.

### 10 000 % Preissteigerung.

Das Südd. Korrespondenzbüro schreibt: Es ist ganz unbegreiflich, daß unsere Regierung nicht rücksichtslos gegen die Wucherer und Schieber einschreitet. Es kann doch kaum irgendwelche Verhältnisse geben, die sie daran hindern könnte. Wenn die Regierung nur einigermaßen nach dem Rechten sähe, so würden wir z. B. weder die hohen Preise, noch Schuß-, noch Nähradenpreise haben, ganz abgesehen von allem andern. Nähraden ist ganz fabelhaft teuer geworden. Er scheint ganz in den Händen der Schieber verschwunden, die die Preise nun so hoch treiben, daß man bald keinen Hofentopf mehr annähen kann. Eine Rolle zu 100 Metern kostet jetzt 28 Mark, in Friedenszeiten kostete sie nur 25-30 Pfg. Ein Paar Schuhnebel stellen sich auf 2 Mark bis 3,50 M., 1911 auf 18-20 Pfg. Das sind nicht mehr 100, sondern 10 000 Prozent Preissteigerung!

### Ein Pfund Margarine 18 Mark.

Für Lieferungen ab 1. April ist ein Kleinverkaufspreis von ungefähr 18 Mark für das Pfund Margarine festgesetzt. Das bedeutet eine Steigerung um mehr als das Doppelte.

\* Neuweiler, 15. April. Der vor einiger Zeit gegen den Stationskommandanten Sauter von Calw und den Landjäger Däe von Teinach hier verübte Anschlag wurde dieser Tage in Tübingen verhandelt. Vier der Angeklagten wurden verurteilt, und zwar einer zu 1 Jahr 2 Monaten, drei zu je 1 Jahr Gefängnis. Bei allen vier gehen 2 Monate Untersuchungshaft ab. Außerdem wurde über sämtliche eine Buße von insgesamt 5000 M. für Stationskommandant Sauter und von insgesamt 4000 M. für Landjäger Däe verhängt.

\* Neuenbürg, 15. April. Im Gemeinderat wurde die Frage des Wohnungsbaues besprochen. Hinsichtlich der Platzfrage entschied sich die Mehrheit für den inneren Teil des Mäienplatzes. Borgehen sind, laut „Enztäler“, fünf 1½-stöckige Reihenhäuser mit zusammen 10 Wohnungen. Jede Wohnung würde aus Wohnküche und 2 Zimmern bestehen. Der städtische Techniker wurde beauftragt, Pläne und Kostenvoranschläge anzufertigen.

(S. B.) Friedrichshafen, 15. April. Eine aus 22 Offizieren bestehende gemischte Entente-Kommission traf hier ein, um sämtliche Industrieanlagen, sowie die militärischen oder ähnlichen Anlagen einer genaueren Besichtigung zu unterziehen. Ihr Aufenthalt ist auf etwa 4 bis 5 Tage berechnet. Der größte Teil der Kommission besteht aus französischen Offizieren; Amerika ist in ihr nicht vertreten.

### Kirchliche Nachrichten.

#### Evangelische Gottesdienste.

Sonntag Misericordias, 18. April. Vom Turm: 123. Predigtlied: 176: „Jesu frommer Menschenherde“. 11¼ Uhr: Beichte in der Sakristei. 9¼ Uhr: Vorm.-Predigt, Defan Jeller. Abendmahl. 5 Uhr: Abendpredigt im Vereinshaus, Stadtpfarrer Schmid. Donnerstag, 22. April. 8 Uhr abends: Bibelfest im Vereinshaus, Defan Jeller.

#### Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 18. April. 8 Uhr: Frühmesse mit Homilie, 10 Uhr: Predigt und Amt, 12 Uhr: Christenlehre, 2 Uhr: Anbacht. Beichtgelegenheit Samstag ab 1 Uhr nachmittags, Sonntag früh ab 7 Uhr.

Für die Schriftl. verantw.: J. Bert.: H. O. Röder, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Städtische Lebensmittel-Fürsorge.**  
Am Samstag, den 17. April, vormittags von 8-12 Uhr, wird auf der Freibank an die Buchstaben A-H Ruhfleisch ausgegeben. Lebensmittelbücher sind mitzubringen.

**Amtsgericht Calw.**  
Im Handelsregister wurde heute bei der früheren Einzelfirma Friedrich Häußler, Buchhandlung, Papierwaren und Buchbinderei in Calw eingetragen: Die Firma lautet nunmehr: Friedrich Häußler, Buch- und Papierhandlung in Calw, Inhaberin: Emma Häußler, Buchhändlers-Witwe in Calw. Die Prokura der Frau Emma Häußler ist erloschen. Dem Buchhändler Otto Häußler in Calw ist Prokura erteilt.  
Den 15. April 1920.  
Amtsrichter: Bötzel.

**Finanzamt Hirsau.**  
Diejenigen Steuerpflichtigen, die einen Vordruck zur **Steuererklärung zum Zweck der Veranlagung der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs** erhalten haben, jedoch mit der Einreichung des Vordrucks noch im Rückstand sind, werden ersucht, die vorgeschriebene Steuererklärung bei Vermeidung der in der Kriegsabgabeverordnung angedrohten Strafen und Rechtsnachteile **spätestens bis zum 24. April 1920** schriftlich oder zu Protokoll beim Finanzamt Hirsau einzureichen.  
Den 14. April 1920.  
Finanzamt: Bötzel.

**Zahlungsaufforderung.**  
Die Schuldner von Gemeindesteuern, Pachtgeld, Holzgeld, Inskalkationskosten für Gas- und elektr. Einrichtungen usw. aus dem Jahr 1919 werden zu baldiger Zahlung der Beträge hiemit aufgefordert.  
Den 15. April 1920.  
Stadtpflege: Frey.

**Kunstfärberei Stuttgart**  
färbt und reinigt alles schön und gut.  
Annahmestelle: W. Entenmann, Lederstr. 91.

Das Calwer Tagblatt kann jederzeit bestellt werden!

**Zu verkaufen:**  
Einen Posten fertige **Herrenhosen** Stoff zu einigen **Herrenanzügen**, ein Paar **Frauenstiefel** Größe 36, **Spizstränge** und **Stricke**, **Gummihosenträger** für Erwachsene und Kinder empfiehlt **Fr. Pfeiffer, Vorstadt.**

**Altburg.**

Am Sonntag, den 18. April, findet im  
Gasthaus zur „Sonne“ die

**Einweihung  
einer Gedenk-Tafel  
der gefallenen Turner**

statt, verbunden mit turnerisch. Aufführungen  
und unter gütiger Mitwirkung des Gesang-  
vereins, wozu die Angehörigen der Gefallenen  
sowie jedermann herzlich eingeladen ist.

Anfang abends 6 Uhr. Der Turnrat.

Calw, den 16. April 1920.

**Todes-Anzeige.**

Freunden, Verwandten und Bekannten  
zur Nachricht, daß unser lieber Vater, Groß-  
vater und Schwiegervater

**† Andreas Bullinger**

nach langer Krankheit im Alter von 88 Jahren  
im Krankenhaus gestorben ist.

Im Namen der Hinterbliebenen:  
**Adolf Bullinger.**

Beerdigung findet am Samstag Nachmittag  
1/2 6 Uhr vom Krankenhaus aus statt.

**Gesundung durch Sauerstoff!**

Das natürl. giftfreie Heilverfahren ohne Berufssitzung bei  
**Nerven- und Stoffwechselliden**  
Nervenschwäche, Magen-, Darm-, Leberleiden, Zucker-  
krankheit, Gicht, Rheuma, Stuhlträgheit, Hautleiden,  
unreinem Blut usw.

Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Druckschrift.  
**Dr. Gebhard & Cie., Berlin 35, Potsdamer Str. 104/105.**

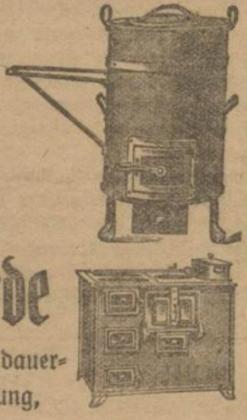
**Wasch-  
kessel**

mit verzinkt.  
Kessel,  
75 u. 90 Ltr. Inhalt

**Kochherde**

braun lackiert, in dauer-  
hafter Ausführung,  
sind wieder am Lager.

**Carl Herzog, Eisen-  
handlg., Lederstr.**



Bodenöl

Neu eingetroffen:

Bleiweiß und bunte Farben in 1a. Leinöl  
abgerieben, Dosen zu 1, 2 1/2 und 5 kg.

Emaillack weiß, Fußbodenlack in gelber  
und rötlichbrauner Farbe, Dosen zu 1 kg.

Möbel- und Dekorationslack, hellgelb,  
Eisenlack, Herblack grün und rotbraun, bei

**Carl Serva, Fernsprecher  
Nr. 120.**

Stahlspäne u. Bodenwische.

Starke pikirierte

**Salat- und Gemüse-Geblinge,**  
sowie für Grab- und Gartenschmuck schöne Auswahl in  
**blühenden Pflanzen**

empfiehlt **Philipp Maft, Handlungsgärtner.**

**Salatgeblinge,**  
sowie alle Sorten  
**Gemüsegeblinge**  
in kräftiger Ware empfiehlt  
**Gg. Mayer, Handels-  
gärtner, Stuttgarterstraße.**  
Ferner empfehle mein  
reichthaltiges Sortiment in

**Bier- und  
Gartenpflanzen**  
in großer Auswahl  
d. D.

Tüchtige, ältere  
**Wirtschafts-  
Köchin**  
für sofort gesucht.  
**Karl Wagner zum Fafz,  
Bad Teinach.**

Einen aufgeweckten kräftigen  
**Jungen,**  
welcher zu Hause essen und  
schlafen kann, nimmt sofort  
in die Lehre

**Otto Weiser,  
Sattler- u. Tapeziermeister,  
D. Guldes Nachfolger.**

**Fernglas zu kaufen  
gesucht.**  
Angeb. mit Preisangabe  
unter L. S. an die Geschäfts-  
stelle des Blattes erbeten.

Gut erh. Ieberner  
**Schulranzen**  
ist preiswert zu verkaufen.  
**Bischoffstraße 498.**

**Holzäsche,**  
mit wenig Kohlenasche ge-  
mischt, zum kompostieren,  
oder auf moosige Wiesen  
geeignet, können  
einige Wagen  
abgeführt werden.

Zu erfragen in der Ge-  
schäftsstelle des Blattes.

Oberreichenbach.  
**1 Käufer-  
Schwein,**  
sowie  
**2 Bappeln**  
hat zu verkaufen  
**Ulrich Rügler.**

Zwei junge, 1 u. 2jährige  
**Ziegen**  
mit 1 Jungen, hat zu ver-  
kaufen  
**Karl Wurster, Lieben-  
zell, Weiherstr. 184.**

Gehingen.  
Starke 7 Wochen alte  
**Milch-  
schweine**  
hat zu verkaufen  
**Ludwig Gehring  
beim Rathaus.**

Prima  
**Bodenwische**  
weiß, gelb in Dosen,  
**Bodenöl,  
Stahlspäne,  
Metallputzmittel,  
Schmirgelpulver  
und -papier**  
**Ritter-Drogerie  
Calw.**

**„Concordia“ Calw.  
Mitglieder-Versammlung.**

Samstag, den 17. April, abends 8 Uhr,  
im Lokal. Erscheinen der aktiven und passiven Mitglieder  
dringend nötig.  
Der Vorstand.

**Der Musikverein Unterreichenbach**  
macht am Sonntag, den 18. ds. M. einen

**Tanz-Ausflug**  
nach Oberreichenbach  
in das Gasthaus z. „Löwen“,  
wogu höflichst einladet  
der Vorstand.



**Sozialdemokrat. Verein Calw.**

Heute Freitag, den 16. April, Abends punkt 8 Uhr,  
findet bei Väcker Kirchherr die jährliche  
**Generalversammlung**  
statt.

Tagesordnung:  
1. Tätigkeits- und Kassenbericht.  
2. Wahl der Delegierten zur Landesversammlung  
und zur Bezirkskonferenz.  
3. Neuwahlen.  
4. Verschiedenes.

Möglichst zahlreiches Erscheinen erwartet  
der Vorstand.

Blaue und graue  
**Drell-Arbeitsanzüge**  
Landrosware, empfiehlt  
**Räuchle, am Markt, Calw.**

Eingetroffen sämtliche  
**Haus- u. Küchengefährte**  
in Emaille und Aluminium  
**S u ß k a c h e l n**  
Verzinnnte u. verzinkte Waren  
Irdene, Steingut- und  
Porzellan-Gefährte  
Herde und Ofen

**Karl Forstbauer**  
Herb- u. Ofengeschäft, Bad Liebenzell.

Wer  
seine Wäsche schonen,  
schon, Feuerung und Geld sparen und  
weniger Seife gebrauchen will,  
verwende

**BURNUS**  
zum Einweichen der Wäsche.

Geschlechts: Chemische Fabrik Adhm & Coos in Darmstadt.

**2 Hand-  
Karren**  
hat zu verkaufen  
**Benjamin Lörcher,  
Milchhändler, Speßhardt.**

„Nissin“  
gegen  
**Kopfläuse**  
Nichts anderes nehmen zu  
haben in der Neuen Apotheke.

Bestellungen auf  
**Zuckerschnitzel**  
mit 60% Zuckergehalt,  
zum Preise von Mk. 75.—  
per Zentner nimmt entgegen  
**Otto Jung,  
Landesprodukte.**

Zu verkaufen:  
Eine 3-teilige  
**Wollmatratze,  
1 Kindermatratze,  
2 Divans,  
1 Chaiselongue**  
**Friedrich Heunefarth,  
Tapeziergeschäft,  
Schulgasse 5.**

Einige Meter  
**Scheit- und  
Stockholz**  
sucht zu kaufen  
**Heinrich Hengstenberg,  
Pension Adam, Hirsau.**

**Karl Werner  
Helene Werner**  
geb. Knecht  
Vermählte  
Calw, den 15. April 1920.

Calw, den 14. April 1920.

**Statt jeder besonderen Einladung.**

Wir beehren uns Verwandte, Freunde und  
Bekanntes zu unserer am Samstag, den 17. April  
stattfindenden

**Nachhochzeit**

im Gasthof zum „Hirsch“ in Calw freundlichst  
einzuladen.

**Ludwig Schöning,  
Eugenie Schöning, geb. Emendörfer,  
Bad Liebenzell.**

**Hochzeits-Einladung.**

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und  
Bekanntes zu unserer am Samstag, den 17. April  
1920 stattfindenden

**Hochzeits-Feier**

in das Gasthaus zum „Ochsen“ in Calw freund-  
lichst einzuladen.

**Otto Schurr, Halen,  
Pauline Bauer, Calw.**  
Kirchgang 1 Uhr.

Oberhaugstett—Schönbromm.

**Hochzeits-Einladung.**

Wir erlauben uns hiermit, Verwandte, Freunde  
und Bekannte zu unserer am Dienstag, den 20.  
April 1920 im Gasthaus z. „Lamm“ in Schön-  
bromm stattfindenden

**Hochzeits-Feier**

freundlichst einzuladen.

**Johannes Volz,  
Sohn des + Joh. Mich. Volz, Bauer, Oberhaugstett.**

**Christiane Gräter, geb. Seeger,  
Tochter des A. Seeger, Zimmermeister, Schönbronn.**  
Kirchgang 1/2 12 Uhr.

**Bettfedern**

sind eingetroffen.

**Franz Mann, Kronengasse 106.**

Nicht zu übersehen!  
Nur einige Tage habe ich billigere  
**Frauen- u. Herrenstiefel** abzugeben,  
**Hauschuhe, Holz- u. Segeltuchsandalen,**  
und noch etwas Frauenkleider  
können bei mir gekauft werden.  
**Karl Stoll, Haggasse 192.**

Nr. 1

Die und schon die Masse Partei zu Der Mil von der nach links gestellt; rissenheit wäre; un listig den stüdelung linien“ d Frankreit len verste Selbstver sammenku nen lassen sigen W In jeder Wainger so lange fälligen noch imm Todseind lecht. 3 Wirtlich im eigene Zeiten u einigkeit z Schu mers steh einer wüt an und f andern S am Beck, zu saugen Kapp, ber sehen. D nicht begü und als Zeilen ni die Gebur Der deutl schweihen erleben w Unabhäng langler de geordneter wir müß links, ver einseitigen sehen die die Mona man über mehr in e deutsche Sie wäre die jegige ihr ein an narchie ab auf dem a an dem r das Feuer wir bloß es uns erp versehens Feueröbte Feht teuern, un Erpressung wie sie be Reichslanz in Abrede Worte, die schäften ist schetterte, der Handel